



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vom deutschen Liberalismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Vom deutschen Liberalismus

Die erste französische Republik hatte eine auffällige Neigung für die Dreizahl. Die uralten Reichsbanner waren einfarbig gewesen, die nach der sinnreichen Heraldik des Mittelalters gebildeten Fürsten- und Adelsfahnen wiesen nie mehr als zwei Farben nebeneinander auf; die erste Republik dagegen faßte die Farben des weißen Lilienbanners und die Stadtfarben von Paris in ein Fahnentuch zusammen und schuf die „Tricolore“. Das war etwas ganz neues, fand die gebührende Beachtung und wurde ein Muster und zugleich der Gattungsname für die Banner der nachher entstehenden europäischen Staatenbildungen. Belgien, Griechenland, Italien und auch das neue Deutsche Reich haben moderne Tricoloren. Die erste Republik erfand auch den Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Seit dieser Zeit ist der Dreiklang, der in ältern Devisen kaum vorkommt, im politischen Leben Mode geworden und wurde oft durch eine überflüssige Erweiterung mit einer gewissen Künstlichkeit erst geschaffen: Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Gerichtsverfahrens, allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht. Hier fällt gleich auf, daß in dem einen Dreiklang die Öffentlichkeit verlangt, im andern ausgeschlossen wird, obgleich ein Satz so liberal klingt wie der andre. Der Liberalismus des vorigen Jahrhunderts hatte sich auf dem Erbe der französischen Revolution aufgebaut und stellte sich gern als den Inhaber und Bewahrer des politischen gesunden Menschenverstandes hin. Seit er später noch die täuschenden Gemeinplätze der Freihandelslehre Cobdens unter seine Fittiche genommen hatte, schien er es tatsächlich auch zu sein. Die Gebildeten aller Länder huldigten ihm, und wer sich fernhielt, galt einfach als Reaktionär. Der Liberalismus war in Wirklichkeit eine Macht geworden, und seine Einflüsse aus damaliger Zeit machen sich noch jetzt in nützlichem oder nachteiligem Sinne bemerkbar. Er säumte übrigens auch nicht, sich alle Errungenschaften der Zeit gutzuschreiben, namentlich die gewaltigen Fortschritte des Verkehrswezens. In dem damals allein wirtschaftlich entwickelten

und urteilsfähigen England warnten wohl vor mehr als vierzig Jahren schon einzelne klare Köpfe davor, die durch die Entwicklung des Verkehrs bedingten Fortschritte als Folge politischer und wirtschaftlicher liberaler Grundsätze anzusehn, aber diese Einwände wurden vom Liberalismus und Cobdenismus einfach totgeschwiegen. Und doch waren sie stichhaltig, denn die Kulturfortschritte des Verkehrs haben sich unter dem absolutistischen Rußland bei den vor fünf Jahrzehnten noch barbarischen Turkmänen in Transkaspien ebenso gezeigt wie in den mehr oder weniger liberal angehauchten Ländern, sie sind eben Folgen der Maschinenzivilisation und haben mit liberalen Gedanken gar nichts zu tun.

Der Zusammenbruch der Alleinherrschaft des Liberalismus ging eigentlich von Deutschland aus, wo er nicht verstanden hatte, bei der größten politischen Schöpfung der Neuzeit, der des Deutschen Reichs, die Führung in der Hand zu behalten, sondern sich in doktrinärer Befangenheit schließlich in den tollsten Partikularismus verrannt hatte. Der Sieger war der „Reaktionär“ Bismarck, und der Glaube an die liberale Unfehlbarkeit war dahin. Die neue Schöpfung war ein genialer Kompromiß zwischen dem Althergebrachten und den politisch verwendbaren Sätzen der liberalen Theorie, die einer praktischen Politik fähigen Liberalen schlossen sich ihm an. Das Resultat davon war ein Jahrzehnt des Überwiegens des praktischen Liberalismus in Deutschland, bis Rückfälle in die alte liberale Theorie die Wirkung zum Teil wieder aufhoben. Der übrige deutsche Liberalismus, den die starre Konsequenz der Führer noch vier Jahrzehnte bei der alten Theorie „voll, ganz und unentwegt“ festhielt, ist erst in der neusten Zeit dem Beispiel der Nationalliberalen auf dem Wege zur praktischen Politik gefolgt und ist bisher gut dabei gefahren. Dem sonst trefflich bewährten großen Kompromiß von 1867 haften aber noch verschiedene Mängel an, die unausgesetzt Stoff zu innern Streitigkeiten geben und eigentlich sämtlich auf gewisse liberale, dem deutschen Wesen fremde Dreiklänge zurückzuführen sind. Denn es darf als ausgemacht gelten, daß die Teile des Kompromisses nach der andern Richtung, namentlich soweit sie sich mit dem Partikularismus berühren, durchaus unschädlich geblieben sind. Auch alle Furcht vor dem monarchischen Absolutismus hat sich als gegenstandslos erwiesen. Von allen diesen Seiten droht unserm öffentlichen Leben nicht die geringste Gefahr. Der Deutsche Kaiser und die deutschen Herzöge — wenn sie jetzt auch andre Namen haben —, die des Reichs Heere führen, sind wieder da und in einer viel vollkommnern Reichstreue, als sie selbst zur Hohenstaufenzeit bestand. Nach dieser Richtung hin ist der große Kompromiß, die Reichsverfassung, tadelfrei. Die Wirklichkeit bleibt ja dem Traume und der Sehnsucht immer etwas schuldig, aber wir bedürfen keiner größern Einheit. Daß sie zusammenhält, dafür können wir die Weltlage und die Weltpolitik sorgen lassen. Aus dem glühenden Empfinden unsrer Väter ist ein politischer Begriff und eine wirkliche Macht, aus dem deutschen Vaterlande das Deutsche Reich geworden, aber das echte deutsche Behagen, das jene trotz

des bloß erträumten Vaterlands besaßen, haben wir seit dem Umzuge in den großen Neubau noch nicht wiedergefunden, und der Stolz und die Freude, jetzt ein Deutscher zu sein, ersetzen es gar nicht. Es sind eben noch Einflüsse und Mißbräuche vorhanden, die gerade den besten Deutschen das Behagen verleiden.

Da sind zunächst die Wahlrechtsfragen. Wir haben im Reiche das mit dem Dreiklang „allgemein, gleich und geheim“ behaftete Wahlrecht. Im Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes stand der Dreiklang noch nicht, das „geheim“ ist erst durch den nationalliberalen Antrag Fries hineingekommen. Das so beschaffne Reichstagswahlrecht hat zuweilen überraschend günstige, meist aber recht zweifelhafte Dienste getan und nur selten eine nationale Mehrheit ergeben. Bismarck hat es, solange er „im Dienst“ war, immer verteidigt, aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihm nur Mittel zum Zweck gewesen war. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ stellt er das auch in den Vordergrund, fügt aber unter anderm hinzu: „Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. . . . Außerdem halte ich noch heute das allgemeine Wahlrecht nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt wird, die außerdem einen Charakter hat, der mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch steht.“ Ob sich in dem von Bismarck angegebenen Falle das deutsche Volk wirklich aus sich selbst, ohne Revolution von oben, vom allgemeinen Wahlrecht freizumachen vermöchte, erscheint sehr fraglich, dagegen besteht kein Zweifel darüber, daß die geheime Wahl die am wenigsten sittlich berechnete Seite des Reichstagswahlrechts ist. Über die Öffentlichkeit der Wahl ist übrigens in diesen Blättern (Grenzboten 1908, II, 66) so Schätzenswertes ausgeführt worden, daß darauf einfach verwiesen werden kann. Der Unverstand unsrer bestehenden Wahlrechte, des Reichstagswahlrechts sowohl wie des preussischen Dreiklassenwahlrechts, liegt jedoch nicht in dem ihnen zugrunde liegenden, an sich berechtigten Prinzip, sondern an der bezirksweisen Vornahme der Wahlen. In diesen treten die Ungeheuerlichkeiten und Lächerlichkeiten des allgemeinen wie des sogenannten plutokratischen Wahlsystems hervor, daß zum Beispiel Krupp mit jedem seiner Arbeiter, Virchow mit seinem Stiefelpußer das mathematisch gleiche Wahlrecht hatte, oder daß der deutsche Reichskanzler in der dritten Klasse wählte, wenn er zufällig in einem reichen Wahlbezirk wohnte. Das beweist aber bloß, daß keins von beiden ein wirklich gerechtes Wahlrecht ist, sondern unter Umständen das Reichstagswahlrecht ebenso wie das preussische Dreiklassenwahlsystem von einem Bismarck als „ein widersinniges, elendes Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben“, bezeichnet werden könnte.

Das Ideal, „alles Zusammengehörige“ beieinander zu lassen, könnte höchstens durch ein dem deutschen Herkommen entsprechendes Wahlgesetz nach

Berufen und Ständen erreicht werden, wobei das allgemeine und gleiche Wahlrecht gewahrt bliebe und die Geheimhaltung der Wahl als ziemlich nebensächlich gelten könnte. Ob wir jemals dahin kommen werden, ist unter den heutigen Verhältnissen sehr zweifelhaft, und wir werden uns darum mit den vorhandenen Wahlrechten behelfen müssen. Auffällig erscheint unter diesen Umständen nur, daß sich ein großer Teil des Liberalismus neuerdings mächtig für die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten ins Zeug legte. Die Bewegung dafür hat ihren hauptsächlichsten Sitz in Süddeutschland, wo man immer für das französische Freiheitsideal, das eigentlich nur auf allgemeine Gleichheit hinausläuft, eine gewisse Neigung gehabt hat. Die Erfahrungen, die bisher in den drei größern süddeutschen Staaten mit der Annäherung an das Reichstagswahlrecht gemacht worden sind, sind jedoch für den Liberalismus nichts weniger als ermutigend. Mit doppeltem Erstaunen mußte darum die plötzliche entschiedne Stellungnahme des norddeutschen Liberalismus für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen aufgenommen werden. In Norddeutschland ist die Neigung dafür, außer in sozialdemokratischen Kreisen, niemals groß gewesen, auch bei den letzten preußischen Abgeordnetenhauswahlen hat sich nichts weniger als Begeisterung dafür gezeigt. Das hätten sich die Freisinnigen doch im voraus sagen müssen, ganz abgesehen davon, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur ihnen nachteilig sein kann, da die Mehrzahl der bisher freisinnigen Wahlkreise den Sozialdemokraten zufallen müßte. Man steht da wirklich vor einem politischen Rätsel, um so mehr da kurz vorher bei den Reichstagswahlen die Freisinnigen doch mit den übrigen nationalen Parteien an dem Zurückdrängen der Sozialdemokratie so eifrig teilgenommen hatten, nun aber eine ausgesprochen sozialdemokratische Forderung auf ihr Panier schrieben. Denn eine eigentlich freisinnige Forderung ist das allgemeine Wahlrecht gar nicht, und im konstituierenden Norddeutschen Reichstage sprachen die Liberalen Weber, Gumbrecht, auch Twesten und Sybel dagegen, weil sie sehr wohl die darin liegende Gefahr für das Bürgertum erkannten. Die beiden ersten erklärten geradezu, die Vorlage sei gegen die Liberalen, die durch die Massen, die damals noch königstreu waren, an die Wand gedrückt werden sollten.

Seit jenen Tagen haben sich die Anschauungen wieder einmal geändert, und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wurde unter das Rüstzeug des Linkliberalismus aufgenommen. Der eigentliche Beweggrund dafür ist aber schwer herauszufinden, wenn man ihn nicht in der Phrase: allgemein, gleich und geheim suchen will. Würde das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt oder das preußische Wahlrecht in einem ähnlichen Sinne abgeändert, so ginge den Liberalen die Mehrzahl ihrer bisherigen Landtagswahlkreise verloren. Das haben die letzten Abgeordnetenhauswahlen wieder bewiesen. Es ist unter diesen Umständen schwer zu verstehen, wie auf dem vom neuen Nationalverein berufenen gesamtliberalen Kongreß Anfang Juli in München einer

der ersten Redner noch sagen konnte: „Wer nicht prinzipieller Pessimist ist, wird doch trotz der letzten preußischen Landtagswahlen klar sein, daß es allmählich vorwärts geht.“ Ein Blick in die führenden liberalen Blätter zeigt auch, daß diese Auffassung dort nicht geteilt wird. Der Ausfall der preußischen Landtagswahlen hat deutlich gezeigt, daß dem Liberalismus nicht jener parlamentarische Einfluß gesichert worden ist, auf den er sich nach seinem wirklichen oder vermeintlichen Ideengehalt Anspruch zu erheben für berechtigt hält. Man hatte sich ja vor den Wahlen vorgenommen, diesmal die konservativ-kerikale Mehrheit zu brechen. Das war wohl ein sehr hochfliegender Plan, doch gegen die ihm zugrunde liegenden Gedanken wäre an sich nichts einzuwenden, aber er ist nicht gelungen, weil er nicht gelingen konnte. In den Entschuldigungsversuchen für den Mißerfolg war die liberale Presse einstimmig in der Behauptung, wegen der Öffentlichkeit der Wahl hätten sich die freisinnigen Beamten vor den vorgeetzten Behörden, freisinnige Handwerker und Geschäftsleute vor dem sozialdemokratischen Terrorismus gefürchtet. Damit mag es seine Richtigkeit haben, mit der Furcht der Beamten aber wohl kaum. Es gibt doch in ganz Europa keine Regierung, die sich sorgsamer davor hütet, einen Druck auf die ihr untergebenen Wähler auszuüben, wie die preußische, und Fürst Bülow ist wohl der liberalste Staatsmann, den wir je gehabt haben. In den sogenannten liberalen Ländern, in der französischen Republik, im freien England und andern geht es bei der Beeinflussung der Beamten ganz anders zu. Übrigens haben gerade die Nationalliberalen die größten Verluste erlitten, und von einer Beeinflussung nationalliberaler Beamter kann doch wohl im Ernst keine Rede sein.

Die Ursache des liberalen Wahlmiserfolgs liegt einfach darin, daß sich die Liberalen mit der Volksströmung, die nach der Reichstagsauflösung eingetreten war, und der sie selbst so erfreulichen Vorschub geleistet hatten, ausveralteten Parteigewohnheiten wieder in Widerspruch gesetzt haben. In ihren ewigen Wahlnöten, in denen sie schon seit Jahrzehnten nur in den Stichwahlen durch Unterstützung von rechts oder links eine nennenswerte Anzahl von Mandaten zu erlangen vermochten, hatten sie ganz übersehen, welche Stimmung sich in den weitesten Kreisen des Bürgertums entwickelt hatte, das nur auf den Ruf wartete: Wider die Sozialdemokratie! Von Eugen Richter läßt sich behaupten, daß er am Ende seiner politischen Wirksamkeit zu dieser Erkenntnis durchgedrungen war, von der Mehrzahl der übrigen Liberalen aber nicht. Der Ruf: Wider die Sozialdemokratie! ging darum nicht von ihnen aus, sondern von der Regierung, die auch damit den großen Erfolg bei den Reichstagswahlen erreichte. Von der Mehrzahl der Liberalen wurde die eigentlich treibende Kraft bei diesem Umschwung verkannt; man zählte nach hergebrachter Weise mechanisch den Zuwachs an Stimmen und Mandaten und schloß daraus auf einen großen Erfolg des Liberalismus. Das war ein Irrtum, wie er bei den in enger Parteischablone befangenen Politikern vorzukommen

pflegt. Man hat es in weiten Kreisen des Liberalismus auch heute noch nicht eingesehen, wie sehr ihm gerade das unausgesetzte Liebäugeln seiner radikalen Gruppe mit der Sozialdemokratie in allen Schichten des Bürgertums nachteilig ist. Dort hat man es als ein vollkommenes Abweichen von der Haltung bei den Reichstagswahlen aufgefaßt, daß dieselben Männer, die soeben noch die Sozialdemokratie mit nationalen Beweggründen bekämpft hatten, jetzt beflissen waren, diesen zum Reichstagswahlrecht für den Landtag zu verhelfen. Darauf beruht in der Hauptsache der Wahlmißerfolg der Liberalen. Wäre man bei der Wahlparole für den Reichstag: Wider die Sozialdemokratie! geblieben, so wäre nicht nur Moabit nicht den Sozialdemokraten zugefallen, sondern es wären unzweifelhaft auch noch einige andre Berliner Wahlkreise erhalten geblieben. Man konnte doch aber von den nationalen Wählern, die bei der Reichstagswahl bereitwillig für die zum erstenmal im nationalen Lager auftretenden Liberalen ihre Stimmen gegen die vaterlandslose Partei abgegeben hatten, nicht erwarten, daß sie nun für Kandidaten eintreten sollten, die den Sozialdemokraten einen Erfolg verschaffen wollten. Diese Wähler blieben einfach zu Hause.

Das haben aber auch viele Liberale getan, die ebenso wie andre bürgerliche Parteien unter dem von der Sozialdemokratie betriebenen Klassenkampfe leiden und nicht verstehen, wie man dem aus angeblich liberalen Gründen Vorschub leisten kann. Ihre Zahl ist wohl größer als die jener, die aus Furcht vor den Vorgesetzten oder vor dem Terrorismus der Genossen nicht an der liberalen Wahlurne erschienen sind. Den Nationalliberalen schrieb das Hauptorgan der deutschen (nationalliberalen) Partei in Württemberg, der Schwäbische Merkur, ins Stammbuch: „Für den unbefangnen Beobachter ist längst in unsrer bürgerlichen Gesellschaft eine wachsende Strömung wahrnehmbar, die von Nachsicht oder gar Faktieren mit der Sozialdemokratie ganz und gar nichts mehr wissen will. Ein guter Teil des Erfolges der Konservativen und des Mißerfolgs der Nationalliberalen bei den preußischen Wahlen ist auf Rechnung dieser Strömung zu setzen.“ Das ist es ja, worauf die Grenzboten schon seit Jahren hingewiesen und gerade die Nationalliberalen aufmerksam gemacht haben. Das schwäbische Blatt führt noch weiter aus, daß gerade die nationalliberalen Verluste in Hannover nicht auf skrupellose Agitation des Bauernbunds, sondern auf die Benützung jener Strömung in der Bevölkerung zurückzuführen sind, und schließt mit der Warnung: „Es wird vielmehr darauf ankommen, wie die Nationalliberalen die bittere Lehre beherzigen werden.“ Diese Warnung ist aber auf den gesamten deutschen Liberalismus auszudehnen, denn wenn er auf den jetzt eingeschlagenen Bahnen verharret, wird er die ganze Bülow'sche Blockpolitik auf die Dauer unmöglich machen und schließlich von der Sozialdemokratie aufgezehrt werden. Man täusche sich doch nicht über die wirkliche Volksstimmung. Die letzten Reichstagswahlen, die Wahlen zum preußischen Landtag und selbst die allgemeinen

Wahlen im deutschen Österreich haben dargetan, daß die Massen entweder kirchlich, konservativ und national gesinnt oder auf der andern Seite sozialdemokratisch sind. Die liberale Schicht ist überall so dünn, daß sie sich fast nirgends mehr aus eigener Kraft zu behaupten vermag. Jede fernere Täuschung darüber führt zum Selbstmord der Partei.

Die großen Tage des deutschen Liberalismus weisen auf die Zeit zurück, wo er als der alleinige Träger des deutschen Reichsgedankens galt. Als er nach dem Frieden von Villafranca den Plan der Mehrheit des Frankfurter Parlaments unter der Firma des Nationalvereins wieder aufgenommen hatte, beherrschte er die öffentliche Meinung in Deutschland vollständig. Die Einigung des deutschen Vaterlands unter Preußens Führung, die politische Einheit und Freiheit des deutschen Volkes, ein Reichsparlament auf dauerhafter nationaler Grundlage waren die Ziele, für die die Liberalen die Unterstützung der Massen und der Gebildeten, mit der einzigen Ausnahme der Partikularisten, fanden. Der Irrtum, daß sie sich in Bismarck getäuscht hatten, wurde durch die neu entstandene nationalliberale Partei wieder ausgeglichen. Die Wurzel der Kraft des Liberalismus lag in der nationalen Idee, die andern Programmpunkte waren daneben nahezu bedeutungslos. Es läßt sich an der Geschichte der Nationalliberalen wie an der des Linkliberalismus ganz genau nachweisen, daß Verluste an Popularität wie bei den Wahlen in jedem Falle mit dem Abweichen von der nationalen Idee, als deren Vertreter dem Volke zwei Jahrzehnte hindurch der Altreichskanzler galt, unmittelbar zusammenhängen. Nicht einmal die reiche politische Begabung Eugen Richters vermochte den Verfall aufzuhalten. Was durch die liberale Opposition der Reichspolitik entfremdet wurde, fiel immer in die Hände der Sozialdemokratie, wie Bismarck vorausgesagt hatte. Es ist hohe Zeit, daß sich der deutsche Liberalismus auf die wahren Wurzeln seiner Kraft besinnt und wieder beginnt, den nationalen Gedanken hochzuhalten. Dieser hat damit, ob in Preußen so oder anders gewählt wird, eigentlich nichts zu tun. Das mag agitationslustigen Leuten als eine günstige Gelegenheit für ihre Lieblingstätigkeit erscheinen, aber neben den großen vaterländischen Fragen bleibt es doch nur eine Nebensache, die gar nicht zur Eile drängt. Das preußische Wahlrecht ist für niemand ein Ideal, und wenn Fürst Bülow daran bessern will, mag er es tun, aber daraus eine Frage zu machen, die gewissermaßen für die zukünftige Reichspolitik entscheidend werden soll, war ein politischer Fehler. Die Wahlen haben die Antwort darauf gegeben; das Kokettieren mit der Sozialdemokratie paßt dem Bürgertum nicht mehr, es verlangt eine reinliche Scheidung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie, wie sie von dieser längst eingeleitet worden ist.

Politiker pflegen aus den gemachten Fehlern zu lernen, nur Doktrinäre haben das in ihrer Unfehlbarkeit nicht nötig. Den größten Feind hat der Liberalismus in seinen demokratischen Neigungen, die ja für viele infolge einer mehr als vier Jahrzehnte umfassenden Oppositionsstellung zur Haupt-

sache geworden waren, vielleicht in spätern Zeiten einmal wieder von Bedeutung werden können, bei der heutigen politischen Lage des Vaterlands und der herrschenden Volksstimmung aber durchaus unangebracht sind. Die Hoffnung auf neue Kräftigung der Partei durch das Eintreten für die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts hat sich als ein Fehlgriff erwiesen, dagegen steht die Tatsache fest, daß die Wiederaufnahme der alten nationalen Idee den liberalen Parteien bei der Reichstagswahl einen nicht unbeträchtlichen Aufschwung verliehen hat. Richtige politische Schlüsse daraus zu ziehen ist für den Unbefangnen nicht schwer. Die Mahnung Schillers: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen. Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft“, wird für alle Ewigkeit ihre Geltung behalten, sie hat auch bei den Reichstagswahlen gegolten. „Die Umwandlung aus einer Oppositionspartei in eine Partei der Mitarbeit vollzog sich rasch, und nicht alle konnten folgen“, sagte kürzlich der Abgeordnete Dr. Pachnide im „Tag“ sehr richtig. Namentlich gilt dies, wie hier hinzugefügt werden mag, von der Mehrzahl der liberalen Presse bis weit in die nationalliberalen Kreise hinein, die sich gar nicht loszumachen vermag von der so lange Zeit geübten Gewohnheit des Nörgelns und meist einen Standpunkt vertritt, der der Stellung der glücklich hinausbekomplimentierten Nationalsozialen gleichkommt. Es wäre ein großer Irrtum, dahinter die öffentliche Meinung zu suchen; das Bürgertum mag dieses sozialdemokratisierende Treiben nicht und wird, wenn Kaiser und Kanzler wieder rufen, genau dieselbe Antwort geben wie bei den letzten Reichstagswahlen. Seegeltung, Flotte, Kolonien sind in Volksschichten populär, denen man es kaum zugetraut hätte — selbst in sozialdemokratischen Kreisen. Von dieser wirklichen öffentlichen Meinung steht freilich in den meisten Blättern nichts, die bleiben bei ihrer Mache, wußten vor den Reichstagswahlen nichts davon und scheinen auch heute noch nichts davon zu merken. Man hat es in diesem Falle mit einer Art von politischem Beharrungsvermögen zu tun, dem sich aber die Parteiführer nicht hingeben dürfen. Der Fehlgriff in der Wahlrechtsfrage scheint ja auch auf dieses Gebiet zu gehören.

Wie heute die Dinge liegen, bleibt dem gesamten Liberalismus nichts übrig, als mit festem Entschluß auf den nationalen Boden zu treten und aus der Stellungnahme bei den Reichstagswahlen die Konsequenzen zu ziehen. Das ist der einzige Boden, aus dem eine Partei noch Kraft gewinnen kann, auf dem demokratischen Terrain grasen bloß noch Sozialdemokratie und Zentrum mit wechselndem Erfolg. Auf nationaler Grundlage muß auch der heiß erstrebte Zusammenschluß der liberalen Parteien erfolgen, sonst mag man es vorläufig lieber bei dem bisherigen parlamentarischen Zusammengehen bewenden lassen. Der Liberalismus muß auf die eigentliche Wurzel seiner einstigen Kraft zurückgreifen und darf sich nicht auf Nebensachen versteifen, die ja in der langjährigen Oppositionsstellung wohl als Hauptfachen erscheinen

mochten. Die gegenwärtige Volksstimmung will die Aufrechterhaltung der Weltmachtstellung des Reichs und ist auch geneigt, die dafür nötigen Opfer zu bringen. Damit läßt sich für eine geschickte Regierung, aber auch für eine geschickte Parteileitung ein großer Schritt vorwärts tun. Aber dabei muß man sich hüten, sich den Weg zur Mitarbeit dadurch zu verschließen, daß man sich durch vorgefaßte Beschlüsse festlegt, wie es bei der Wahlrechtsfrage der Fall war und jetzt wieder in Hinblick auf die Reichsfinanzreform geschieht. Einer Partei, die sich ohne Vorbehalt für die aus der Lage des Reichs sich ergebenden nationalen Forderungen einsetzt, werden auch in Zukunft die Wähler nicht fehlen, wie die letzten Reichstagswahlen bewiesen haben, und werden sie vor den Sozialdemokraten schützen, die doch die einzigen ernst zu nehmenden Bewerber um die liberalen Mandate sind. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat sich durch die jahrelang betriebene Fleischnothke nicht von ihrer nationalen Haltung abdrängen lassen und wird es auch wegen Tabak- und Alkoholbesteuerung nicht tun, um so weniger nachdem ihr schon ein großer Erfolg gegen die Sozialdemokratie gelungen ist. Aber der Liberalismus, der noch immer die Sozialdemokratie als eine verwandte Partei betrachtet, hat in Deutschland keine Zukunft.



Reiseeindrücke aus der Ostmark

4



Wir glauben auf unserer Reise durch Posen alle irgendwie über das technische Gebiet hinausragenden Schwierigkeiten bemerkt zu haben, die dem Kulturwerk in der Ostmark hemmend entgegenstehn. Der wichtigern ist in den vorausgegangnen Ausführungen gedacht worden — über die Grundfrage des Ansiedlungsproblems möchten wir noch einen Gedanken aussprechen. Die Grundfrage aber ist der Kampf um den Boden. Es handelt sich, wie wir gezeigt haben, nicht in erster Linie um den polnischen Boden, sondern um den in der Kultur zurückgebliebenen, aus dem erst durch die Verhältnisse teilweise polnischer Boden geworden ist. Durch das sogenannte Enteignungsgesetz ist dieser Kampf in eine neue Phase getreten oder sollte es wenigstens sein. Die Hauptaufgabe des Gesetzes liegt bekanntlich in der Beseitigung einer wüsten Bodenspekulation, die von Deutschen und Polen in gleichem Maße von dem Augenblick an betrieben wurde, wo der Staat mit seinen Millionen Landkäufer in der Ostmark zu werden begann. Ob das Gesetz seine Aufgabe erfüllt, läßt sich heute noch nicht erkennen. Infolgedessen steht es den Gegnern des Gesetzes frei, an seiner Nützlichkeit zu zweifeln. Im Mai dieses Jahres ging die Nachricht durch die Presse, die Bodenpreise hätten in der Ostmark nachgelassen. Für diese Tatsache war aber ein natürlicher Grund

Grenzboten III 1908

69